

**Ausgabe
51-52/05**

**Mittwoch
21. Dez. 2005**

Einzelpreis € 1,50

Postvertriebsstück
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt - K 2846
Zahnärztlicher Fach-Verlag
Postfach 10 18 68 · 44608 Herne

www.dzw.de

Die Zahnarzt Woche **DZW**

Unabhängige Wochenzeitung für Zahnarzt und Dentalmarkt

Die Woche im Blick

Im neuen Jahr
soll nun voll
protestiert werden 2

Machbare Allgemein-
zahnheilkunde gegen
weltfremde
Forderungen 3

Bundessozialgericht
bestätigt die
KZV Berlin 5

Die Teleskopkrone –
the „German Crown“ 6

Planung von
Suprakonstruktionen 8

Wenn dem Implantat
Nerven und Gefäße im
Wege stehen 9

DAHZ hält „Hygienekosten in den Praxen für nicht mehr zumutbar“:

Anfang 2006 kommen neue RKI-Hygiene-Richtlinien

Bereits im Januar 2006 will das Robert-Koch-Institut (RKI) die neue Richtlinie zur „Infektionsprävention in der Zahnmedizin – Anforderungen an die Hygiene“ über das Internet veröffentlichen, womit sie direkt in Kraft tritt und für die Zahnarztpraxis verbindlich ist. Parallel dazu wird dann auch der an die RKI-Richtlinie angepasste „Hygieneplan der Bundeszahnärztekammer (BZÄK)“ wirksam, der gemeinsam mit dem Deutschen Arbeitskreis für Hygiene in der Zahnarztpraxis (DAHZ) am 3. Dezember 2005 in Hamburg abgestimmt wurde.

„Heißes“ Themen waren dabei die durch vorhandene und neue RKI-Regelwerke ständig zunehmenden materiellen und personellen Kosten für die verschiedenen Infektionsschutzmaßnahmen und der damit verbundene bürokratische Aufwand

hat deshalb vor, hier an die zuständigen Stellen zu appellieren und Problemlösungen zu finden.

Ein wichtiger Diskussionspunkt war dabei die Validierung (Bewertung) von Infektionsschutzverfahren, die im Zusammenhang mit den sogenannten Praxisgebühren

KVen und KZVen kommen auf mehr Wettbewerb:

Allein durch B Behandlung v mehr als eine

Der Druck auf die schwarz-rote Regierung den Jahr die groß angekündigte Gesuchgriff zu nehmen, hat zugenommen. In gesichts der Schätzungen der Finanzlichen Krankenversicherung (GKV), ge wieder auf mehr als 14 Prozent steigen Schritt wurde bereits mit dem beket im Arzneimittelsektor getan, wo nisterin Ulla Schmidt weitgehend durch Festlegungen aus dem Koalitionsvertr Pharma- und Ärzteproteste vollzogen

Streitpunkte zwischen Union und SPD wird es weniger bei den Eingriffen in das Honorar- und Milliard den –, d tes Om